



INFODIENST

Neues aus Landespolitik und Liga

INHALT

SEITE

LANDESPOLITIK UND LIGA	3
Liga-Mitgliederversammlung und Gespräch mit den Kreis- und Stadtligen	3
Liga-Jahresempfang Mai 2019 „Jugend ermöglichen!“	4
Pressemitteilung zur Liga Aktionswoche Alkohol - Alkohol? Nicht am Arbeitsplatz!	6
15. Aktionswoche Armut bedroht Alle „Der Mensch ist mehr als eine Zahl“	6
Mehrkosten durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG): Schreiben an Ministerpräsident Kretschmann	7
Landesförderung der Fachberatung für Prostituierte und Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes im Land: Schreiben an Minister Lucha	7
Neue Studie gibt Einblicke in die Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen	8
Bündnis gegen Altersarmut legt Stellungnahme zur Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung vor	8
KOMMUNAL- UND EUROPAWAHL	9
AWO veröffentlicht Antworten auf Wahlprüfsteine.....	9
Am 26. Mai für sozial gerechte Lebensbedingungen stimmen.....	9
Ein soziales Europa wählen!.....	9
AWO	10
AWO fordert den Rechtsanspruch auf gute Ganztagsbetreuung vollständig umzusetzen	10
Bundesweite Kampagne gegen steigende Eigenanteile in der Pflege	10
DER PARITÄTISCHE	11
Jetzt bewerben für ein Freiwilliges Soziales Jahr: Erfahrungen sammeln im sozialen Bereich	11
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg fordert beim Landesrahmenvertrag zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) klare Kriterien für Leistungserbringer	11
Vom Knast in die Freiheit – klingt einfach, ist es aber nicht!.....	12
DIAKONIE BADEN	12

Schwangerschaftsberatung geht online.....12

DIAKONIE WÜRTTEMBERG 13

1.000 bunt gestaltete Asylstühle auf dem Stuttgarter Marktplatz13

Diakonie ruft zur solidarischen Finanzierung der Pflege auf13

CARITAS ROTTENBURG-STUTT GART..... 13

„Kommunen stehen in der Pflicht, Kindern Perspektiven zu geben“13

Finanzielle Prämien für das Bereitstellen von Studentenzimmer.....14

Kommunen sollen zu einer sorgenden Gemeinschaft werden.....14

Fünf Jahre „LebensFaden“:15

Caritas sammelt 2,01 Millionen Euro15

Ausgaben für Mobilität zweitgrößter Kostenpunkt für Familien: Lösungsansätze von
Kommunen gefragt16

CARITAS FREIBURG 16

"Zeit und helfende Hände“16

ALZHEIMER GESELLSCHAFT BW E.V. 17

Projekt Demenz und Kommune: Neue Website für Kommunen17

Abschlussveranstaltung Projekt Demenz und Kommune17

TERMINE 18

"Den Rahmen füllen" 3. Kongress Familienbildung18

Fortbildung „Qualifizierungsprogramm Ehrenamtskoordination 2019“18

LANDESPOLITIK UND LIGA

Liga-Mitgliederversammlung und Gespräch mit den Kreis- und Stadtligen

Die Liga-Mitgliederversammlung – das sind nach der Satzungsänderung der Liga die Damen und Herren Vorstände und Geschäftsführer der Mitgliedsverbände – kamen Anfang Mai zu ihrer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen Berichte aus Gesprächen und verschiedene strategische und fachliche Fragen und Beschlüsse.

In einer guten Tradition lädt die Liga-Mitgliederversammlung zu ihrer Mai-Sitzung die Vorsitzenden der Kreis- und Stadtligen in Baden-Württemberg zu einem nachmittäglichen Gespräch ein. Dieses drehte sich um die Frage, wie sich in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg die Zukunft gestalten lässt. Steffen Jäger, Erster Beigeordneter des Gemeindetags in BW und Initiator der Aktion Bündnis ländlicher Raum gab einen spannenden und motivierenden Input; André Claaßen, „Digitalexperte aus Leidenschaft“ erarbeitete mit den Teilnehmern Ansätze für die Digitalisierung im Land und in Kommunen.



von links im Bild: Liga-Vorstand Dr. Holuscha-Uhlenbrock, DiCV R/S und Ursel Wolfgramm, Der Paritätische, Steffen Jäger 1. Beigeordneter des Gemeindetags, André Claaßen Herne und Vorsitzende der Kreis- und Stadtligen im Land.

Liga-Jahresempfang Mai 2019 „Jugend ermöglichen!“

Zum zehnten Jahresempfang der Liga waren Einhundert Gäste aus vielen Institutionen Baden-Württembergs gekommen. Die Liga-Vorsitzende Ursel Wolfgramm freute sich über die gute Resonanz und das Interesse am Thema und betonte in ihrer Begrüßungsrede, dass es gemeinsamer Anstrengungen bedarf, um benachteiligten Kindern Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft und Chancengleichheit zu ermöglichen ([Begrüßungsrede](#)). Manne Lucha MdL, Minister für Soziales und Integration in Baden-Württemberg sprach ein lebhaftes Grußwort und kündigte zu diesem Thema im laufenden und nächsten Jahr verschiedene Aktivitäten des Landes zu einer besseren Kinderpolitik, wirksamem Kinderschutz, mehr Teilhabe von jungen Menschen und Aktionen zum Thema Kinderarmut an. Der Referent des Abends, Heinz Müller vom ism in Mainz vertiefte in seiner Ansprache Überlegungen zu „Jugend ermöglichen – durch Respekt, Räume und Ressourcen“ und trug Ansätze zu einem differenzierten Blick auf Jugend vor. Das Referat können Sie [hier](#) nachlesen.



Liga Vorstandsvorsitzende Ursel Wolfgramm



Manne Lucha MdL, Minister für Soziales und Integration



Gäste im Saal



Referent Heinz Müller, Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism)

[Pressemitteilung zur Liga Aktionswoche Alkohol - Alkohol? Nicht am Arbeitsplatz!](#)

„Ohne übermäßigen Alkoholkonsum oder Alkoholprobleme wäre in vielen Betrieben die Arbeitsqualität besser, die Gefahr von Arbeitsunfällen geringer und das Arbeitsklima entspannter“, so formuliert Oliver Kaiser, Vorsitzender der Landesstelle für Suchtfragen, die Quintessenz zum Aktionsmotto „Kein Alkohol am Arbeitsplatz“. Untermauert wird diese Aussage von Winfried Plötze, Landesgeschäftsführer der BARMER Baden-Württemberg. „Nach unseren Auswertungen fehlten Beschäftigte in Baden-Württemberg, bei denen eine Alkoholabhängigkeit diagnostiziert wurde, im Jahr 2017 60 Tage krankheitsbedingt am Arbeitsplatz. Im Vergleich zu Kollegen, die nicht alkoholabhängig sind, sind das 39 Fehltage mehr. Paradoxer Weise spielt das Thema Alkohol im betrieblichen Gesundheitsmanagement aber keine Rolle, so Plötze.

Die Landesstelle für Suchtfragen und die BARMER Baden-Württemberg engagieren sich bei der bundesweiten Aktionswoche Alkohol. Dafür gibt es gute Gründe: Fachleute schätzen, dass jeder fünfte bis zehnte Mitarbeitende in Unternehmen Alkohol in riskanter oder gar schädlicher Weise trinkt. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass 20 bis 25 Prozent der Arbeits- und Wegeunfälle auf Alkohol zurückzuführen sind. Auch fehlen Arbeitnehmer*innen mit einer Suchtproblematik bis zu 16-mal häufiger als die Gesamtbelegschaft – was wirtschaftliche Einbußen und deutliche Mehrarbeit für Kolleginnen und Kollegen bedeutet. Doch auch gesamtgesellschaftlich kostet Alkohol am Arbeitsplatz enorm viel Geld: Durch Arbeitsausfälle, Frühberentung oder Rehabilitationen entstehen der Volkswirtschaft geschätzte Kosten in Höhe von rund 30 Mrd. Euro.

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD PRESSEMELDUNG](#)

[15. Aktionswoche Armut bedroht Alle „Der Mensch ist mehr als eine Zahl“.](#)

Bereits seit Januar 2019 trifft sich die Vorbereitungsgruppe aus dem Netzwerk 1 und dem Netzwerk 2 der Landesarmutskonferenz und bereitet die Woche inhaltlich und organisatorisch vor.

In Bezug auf das griffige Thema werden „empörende Zahlen“ z.B. zur Armutsentwicklung in BW, Wohnraum-mangel und -not; Arbeitsmarkt und Langzeitarbeitslosigkeit etc. aufbereitet. Auch die psychosoziale Lage der Menschen mit Armutserfahrungen soll dargestellt werden.

Es ist die 15. Aktionswoche! Im Lauf der Jahre hat sich der Umfang des ursprünglichen „Aktionstags“ deutlich erweitert. In den Regionen finden Aktionswochen und vielfältige Aktionstage statt. Insbesondere auf der Landesebene werden mehr Veranstaltungen geplant und durchgeführt.

Bereits im letzten Jahr (2018) wurden die landesweiten Aktivitäten um zwei Politische Fachtage erweitert, die große Resonanz gefunden haben (bei einer Veranstaltung Mitwirkung von Minister Lucha, bei einer weiteren Veranstaltung Beteiligung von Abgeordneten des Landtags).

[Weiterlesen...](#)



[Mehrkosten durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes \(BTHG\): Schreiben an Ministerpräsident Kretschmann](#)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg begrüßt die aktuellen Umsetzungen zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) in Baden-Württemberg. Aus unserer Sicht bietet die Umsetzung Möglichkeit, die Rechte von Menschen mit Behinderung zu stärken und die Personenzentrierung in der Eingliederungshilfe einen großen Schritt voranzubringen. Zugleich stellt die Umsetzung aktuell auch eine große Aufgabe für die Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe dar. Die in der vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg moderierten ‚Arbeitsgruppe Einführungsphase‘ erarbeitete Übergangsvereinbarung zur Umsetzung des BTHG bildet eine sehr gute Grundlage für den Umstellungsprozess. Alle Beteiligten arbeiten derzeit mit großem Engagement daran, dass die neuen gesetzlichen Anforderungen zum 01.01.2020 erfüllt werden können.

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD SCHREIBEN](#)

[Landesförderung der Fachberatung für Prostituierte und Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes im Land: Schreiben an Minister Lucha](#)

Sehr geehrter Herr Minister Lucha,

nach Ablauf der 8-monatigen Projektförderung des Landes zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes nimmt die Inanspruchnahme der Fachberatungsstellen weiterhin zu, doch die Finanzierung der Fachberatung für Prostituierte bleibt höchst prekär.

Das Ministerium für Soziales und Integration hat im März 2019 eine Struktur- und Bedarfsanalyse durchgeführt mit dem Ziel, verlässliche und vollständige Daten über die bestehenden Hilfsangebote und deren strukturellen Bedarfe im Land zu erhalten. Wir erwarten diese Ergebnisse mit großer Spannung, da wir uns davon die Datenbasis für eine verlässliche und flächendeckende Förderstruktur erhoffen. Aus historisch gewachsenen Gründen werden bisher nur zwei Fachberatungsstellen Beratungsangebote für Prostituierte vom Land gefördert, alle anderen Beratungsstellen erhalten bislang keine Landesförderung¹.

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD SCHREIBEN](#)

[Neue Studie gibt Einblicke in die Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen](#)

Stuttgart 24.04.2019: Die Liga der freien Wohlfahrtspflege begrüßt es sehr, dass der erste GesellschaftsReport des Jahres 2019 den Fokus auf die Beratung und die Anerkennung ausländischer Qualifikationen richtet. Dieser wurde im Rahmen einer Pressekonferenz von Herrn Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha vorgestellt. So erhält man neben Informationen zur Entwicklung der Anerkennungsberatung auch Daten zu den Ratsuchenden, wie beispielsweise zu ihrem beruflichen Hintergrund. Auch werden die Aufgaben der vier Beratungszentren sowie der Fachstelle Flüchtlinge deutlich, welche ein gemeinsames Angebot des IQ Netzwerks und der Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg sind.

Zum Downloaden verfügbar:

[Pressemitteilung des Sozial- und Integrationsministeriums BW](#)

[GesellschaftsReport BW, Ausgabe 1 – 2019](#)

[Bündnis gegen Altersarmut legt Stellungnahme zur Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung vor](#)

Stuttgart 17.05.2019 Das baden-württembergische Bündnis gegen Altersarmut unterstützt die Pläne von Bundesarbeits- und sozialminister Hubertus Heil, eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung einzuführen. In ihrer heutigen Stellungnahme fordern die Bündnispartner die Regierungskoalition dazu auf, die Grundrente jetzt zügig einzuführen.

Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg und eine Sprecherin des Bündnisses: „Wir begrüßen es außerordentlich, dass mit der geplanten Grundrente wirklich die Lebensleistung derjenigen anerkannt wird, die über Jahre erwerbstätig waren. Kritisch bewerten wir allerdings, dass der überwiegende Teil der schon jetzt auf Grundsicherung im Alter angewiesenen Menschen nicht profitiert, darunter auch Menschen, die die 35 Versichertenjahre nur knapp nicht erreichen. Demgegenüber muss die gesetzliche Rente dringend „armutsfest“ sein und zwar für alle Rentnerinnen und Rentner. Sonst besteht die Gefahr, ein „Mehrklassensystem“ in der Alterssicherung zu schaffen, das von einer Anerkennung der Lebensleistung weit entfernt ist.“

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD STELLUNGNAHME](#)

KOMMUNAL- UND EUROPAWAHL

[AWO veröffentlicht Antworten auf Wahlprüfsteine](#)

Berlin, 20. Mai 2019. Knapp eine Woche vor der Europawahl* veröffentlicht der AWO Bundesverband die Antworten der Parteien auf die AWO Wahlprüfsteine. Alle befragten Parteien, also Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die LINKE, FDP, und SPD haben die Wahlprüfsteine beantwortet. „Wir haben die Positionen der Parteien zu unseren Erwartungen in Form einer Synopse gegenübergestellt, damit Sie sich ein Bild darüber machen können, welche Partei Ihre sozialen Interessen am besten unterstützt“ erklärt Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler.

[Weiterlesen...](#)

[Am 26. Mai für sozial gerechte Lebensbedingungen stimmen](#)

Stuttgart, 14. Mai 2019. Die Diakonie Württemberg ruft dazu auf, bei den Kommunal- und Europa-Wahlen am 26. Mai für sozial gerechte Lebensbedingungen im Gemeinwesen und in Europa zu stimmen. Der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg Oberkirchenrat Dieter Kaufmann hält die Stärkung des Sozialen für das Gebot der Stunde. „Eine funktionierende Gesellschaft lebt vom Zusammenhalt und von der Verantwortung füreinander. Dazu ruft uns auch unser christlicher Glaube auf.“ Der Einsatz müsse vor allem diejenigen gelten, die aufgrund von geringem Einkommen, einer Behinderung oder Krankheit, fehlender Arbeitsstelle oder ungeklärtem Aufenthaltsstatus am Rand stehen.

[Weiterlesen...](#)

[Ein soziales Europa wählen!](#)

Videoblog der Diakonie Baden

In seinem aktuellen Videoblog ruft der Vorstandsvorsitzende der Diakonie Baden, Urs Keller, zur Wahlbeteiligung bei der Europawahl auf. Europa sei ein gelungenes Friedens- und Wirtschaftsprojekt. Europa bedeute aber auch soziale Vorteile. Davon würden viele, insbesondere sozial benachteiligte Menschen profitieren. Das soziale Europa gelte für alle. Nächstenliebe lasse sich nicht teilen. Keller ruft deshalb dazu auf, Populisten zu widerstehen. Deren Vorstellung von Europa schliesse bestimmte Personengruppen einfach aus. Keller appelliert deshalb, am 26. Mai wählen zu gehen. Jeder könne mit seiner Stimme ein gutes und soziales Europa stärken.

Einmal im Monat kommentiert Keller ein aktuelles sozialpolitisches Thema. In einer kurzen Video-Botschaft bezieht er dazu Position.

Den neuen Videoblog finden Sie unter <https://youtu.be/O10EaRiDh4>

[AWO fordert den Rechtsanspruch auf gute Ganztagsbetreuung vollständig umzusetzen](#)

Berlin, 15. Mai 2019. Das Deutsche Jugendinstitut schätzt die Kosten des Ausbaus des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder auf bis zu 15,4 Milliarden Euro bis 2025. Der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler kommentiert dies wie folgt: „Eine gute Betreuung gibt es weder in der Kita noch in der Grundschule zum Nulltarif. Doch im Grunde geht es hier um viel mehr als um die Frage nach den Kosten. Es geht darum, ob man tatsächlich eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie durchsetzen möchte. Nur wer seine Kinder in guten Händen weiß, wird einer Berufstätigkeit nachgehen können. Die AWO setzt sich für den Rechtsanspruch auf Betreuung ein und zwar in der gesamten Grundschulzeit. Wir sind entschieden gegen Pläne, die nur Kindern der ersten oder zweiten Klasse einen Rechtsanspruch zusprechen wollen. Auch Drittklässler können noch nicht allein auf sich gestellt, ihre Nachmittage verbringen.“

[Weiterlesen...](#)

[Bundesweite Kampagne gegen steigende Eigenanteile in der Pflege](#)

Berlin, den 10.05.2019. „Absichern, nicht verunsichern!“ – so lautet die zentrale Forderung einer Aktion, mit der sich die AWO bundesweit für eine gerechte Finanzierung der Pflege stark macht. Die AWO hat im Frühjahr bereits über 74.000 Unterschriften für eine entsprechende Petition gesammelt. Das Thema wird im Petitionsausschuss des Bundestages debattiert werden.

„Daraus muss jetzt ein neues Gesetz entstehen“, so Brigitte Döcker vom AWO Bundesvorstand, „denn passiert das nicht, kann der Eigenanteil, den Betroffene und ihre Angehörigen für Pflege bezahlen müssen, ungebremst weiter steigen: Die Kosten in der Pflege steigen, die Leistungen der Pflegeversicherung aber sind gedeckelt. Dadurch gehen derzeit alle Kostensteigerungen zulasten der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Familien. Immer weniger Menschen können sich das leisten und sind früher oder später auf Sozialhilfe angewiesen – selbst dann, wenn sie ein Leben lang gearbeitet haben!“

[Weiterlesen...](#)

DER PARITÄTISCHE

[Jetzt bewerben für ein Freiwilliges Soziales Jahr: Erfahrungen sammeln im sozialen Bereich](#)

Stuttgart 10.05.2019 Jedes Jahr leisten mehr als 3.500 Freiwillige ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) bei den sieben PARITÄTISCHEN Freiwilligendienstträgern. Landesweit werden Plätze in unterschiedlichen Einsatzbereichen angeboten. Dazu gehören Kitas, Pflegeheime, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, aber auch Kliniken. Freiwilligendienste ermöglichen praktische Hilfstätigkeiten in konkreten Einsatzstellen vor Ort und bieten eine Plattform, sich selbst auszuprobieren und gleichzeitig etwas Nützliches für die Gesellschaft zu machen.

[Weiterlesen...](#)

[Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg fordert beim Landesrahmenvertrag zum Bundesteilhabegesetz \(BTHG\) klare Kriterien für Leistungserbringer](#)

Stuttgart 08.05.2019 Qualität und Wirkung sozialer Arbeit müsse in erster Linie an der Verbesserung der Lebensqualität und Teilhabemöglichkeit jedes Einzelnen gemessen werden. Deshalb brauche es personenzentrierte Indikatoren, die zusammen mit Menschen mit Behinderung entwickelt werden müssten, so der Verband. Mit dem neuen Bundesteilhabegesetz – BTHG haben Menschen mit Behinderung ein Recht auf umfassende gesellschaftliche Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse beim Wohnen, Arbeiten und in der Freizeit. In diesem Bundesgesetz ist erstmalig verankert, dass soziale Organisationen als Leistungserbringer die Wirkung ihrer Leistungen und Angebote nachweisen müssen. Derzeit verhandeln die Vertragspartner den Landesrahmenvertrag zum BTHG auf Augenhöhe mit den Leistungsberechtigten, um gemeinsam die Zukunft der Eingliederungshilfe wirkungsvoll zu gestalten. Bei einem Fachkongress unter dem Motto „DER PARITÄTISCHE BWirkt“ in Esslingen diskutierten rund 130 Expert*innen über die Wirkungsorientierung in der sozialen Arbeit.

[Weiterlesen...](#)

[Nachteilsausgleich für frei gemeinnützige Kitas in Mannheim](#)

PARITÄTISCHER fordert eine 100 Prozent-Finanzierung von allen Kindertageseinrichtungen

Mannheim 02.05.2019 Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg mahnt bei der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen eine finanzielle Gleichstellung von frei gemeinnützigen und kommunalen Trägern an. Die Kita-Finanzierung in Baden-Württemberg war auch Thema einer gemeinsamen Veranstaltung des PARITÄTISCHEN Landesverbandes und Kreisverbandes Mannheim mit Kommunalwahlkandidat*innen. Dort forderten die kleinen Kitas von der Kommunalpolitik, endlich in Mannheim einen Nachteilsausgleich für frei gemeinnützige Träger zu schaffen, weil sich ihre finanzielle Situation mit ständig steigenden Kosten aufgrund des in Baden-Württemberg geforderten Trägeranteils in der Kita-Finanzierung immer weiter zuspitze. Dass auch die geltende

Rechtsprechung eine finanzielle Gleichstellung aller Kita-Träger in Baden-Württemberg erforderlich macht, wurde in Fachvorträgen namhafter Juristen deutlich.

[Weiterlesen...](#)

Vom Knast in die Freiheit – klingt einfach, ist es aber nicht!

Die Freie Straffälligenhilfe sorgt in Baden-Württemberg dafür, dass der Übergang vom Vollzug in die Freiheit gelingt. Ehrenamtliche sind dabei die Brücke zwischen den Menschen drinnen und der Gesellschaft draußen.

Das zentrale Anliegen des Verbands Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg e.V. war in den vergangenen Jahren, die Hilfen für zu entlassende Straftäter beim Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit im Interesse der Resozialisierung stetig weiter zu verbessern. Die von seinen 22 Mitgliedsvereinen angebotenen Hilfen wurden dazu gebündelt und in verlässliche Strukturen überführt. Heute existiert in Baden-Württemberg ein umfassendes und flächendeckendes Netz an Unterstützungsangeboten für Arbeit, Wohnen, Grundsicherung und soziale Betreuung (s. Übersicht Leistungsangebote).

[Weiterlesen...](#)

DIAKONIE BADEN

Schwangerschaftsberatung geht online

Angebot für Frauen und Männer - nicht nur in Problemlage

Die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen der Diakonie Baden bieten ab sofort Beratung über einen geschützten Bereich im Internet an. Damit schafft die Diakonie eine weitere, leicht zugängliche Beratungsmöglichkeit.

www.onlineberatung-diakonie-baden.de ist ein Angebot für Frauen und Männer, die spontan eine Frage zum Thema Schwangerschaft haben, oder denen die anonyme Kontaktaufnahme wichtig ist. Anonymität ist gewährleistet – und gewollt. Die anfragende Person entscheidet selbst, was sie in der Beratung von sich preisgeben möchte.

Die völlig neu gestaltete Onlineberatung bietet viele Möglichkeiten zur Kommunikation. Je nach technischen Voraussetzungen ist auch ein Gespräch mit Bild und Ton möglich.

Die speziell geschulten Mitarbeiterinnen in den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen reagieren einfühlsam und antworten auf Anfragen zeitnah innerhalb ihrer Arbeitszeit. Die Beratung ist ergebnisoffen und natürlich kostenfrei. Die Onlineberatung kann eine Brücke bauen zum persönlichen Beratungsgespräch.

DIAKONIE WÜRTTEMBERG

[1.000 bunt gestaltete Asylstühle auf dem Stuttgarter Marktplatz](#)

Mit dem Aktionstag „Platz für Asyl“ wirbt Diakonie Württemberg für soziales Europa

Stuttgart, 15. Mai 2019. Mehr als tausend bunt gestaltete Stühle aus ganz Baden-Württemberg hat die Diakonie Württemberg am Mittwochnachmittag in einer Installation auf dem Stuttgarter Marktplatz ausgestellt. Als Vorbild für die Aktion dienten Asylstühle und Asylsteine, die in alten Kirchen zu finden sind. Die Diakonie Württemberg macht sich mit der Kampagne „Platz für Asyl“ für den Flüchtlingsschutz und eine offene Gesellschaft der Vielfalt stark. Die Stühlegestalterinnen und Stühlegestalter mit und ohne Fluchtgeschichte stammen aus Flüchtlingsinitiativen, Kirchengemeinden, Schulen, diakonischen Einrichtungen und Kommunen.

[Weiterlesen...](#)

[Diakonie ruft zur solidarischen Finanzierung der Pflege auf](#)

Am 12. Mai ist internationaler Tag der Pflege

Stuttgart, 9. Mai 2019. Zum internationalen Tag der Pflege am 12. Mai ruft die Diakonie Württemberg zur gesellschaftlichen Wertschätzung der Pflege auf. „Es muss im Bewusstsein aller verankert sein, dass Pflegekräfte einen unverzichtbaren Dienst leisten und wir diesen Einsatz gemeinschaftlich finanzieren müssen“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Es brauche den gesellschaftlichen Konsens darüber, dass Aufwendungen für mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Zeit für Menschen in der Kranken- und Altenpflege nicht nur zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen dürfen. „Es kann nicht sein, dass jede Tarifsteigerung und jede leichte Verbesserung der Personalsituation in der Pflege nur die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen stemmen müssen“, sagt Kaufmann.

[Weiterlesen...](#)

CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART

[„Kommunen stehen in der Pflicht, Kindern Perspektiven zu geben“](#)

Präventionsketten ermöglichen chancenreiches Aufwachsen

Stuttgart / Freiburg, 21. Mai – Bildung ist nicht ausschließlich Ländersache, auch Kommunen haben sehr großen Einfluss auf die Erziehung und Entwicklung junger Menschen. Sie entscheiden weitgehend, inwieweit Familien – auch in Armut – an ihrem Wohnort Angebote vorfinden, die Kindern ein gesundes und chancenreiches Aufwachsen ermöglichen. „Gerade die frühkindliche Bildung ebnet den Weg, damit Kinder ihren guten Weg finden und auch gehen können. Eine fördernde Begleitung ist während der gesamten Kindheit und Jugend wichtig, und hier kommt den Kommunen eine herausragende Aufgabe zu“, erklären die Caritasdirektoren Dr.

Annette Holuscha-Uhlenbrock (Rottenburg-Stuttgart) und Thomas Herkert (Freiburg). Mit Blick auf die Kommunalwahl am 26. Mai appellieren sie an die Kommunen, sich nicht nur als Verwalterinnen, sondern als Gestalterinnen für bessere Bildungsbedingungen und -möglichkeiten einzubringen.

[Weiterlesen...](#)

Finanzielle Prämien für das Bereitstellen von Studentenzimmer

Mietkosten für Wohnraum genauso durch Gesetze regeln wie Arbeitslöhne

Stuttgart / Freiburg, 17. Mai – Kommunen können maßgeblich gegensteuern, damit Wohnraum nicht zum Anlage- und Spekulationsobjekt und damit zum Luxusgut wird: Die Gemeinden und Städte haben beispielsweise durch gesetzliche Vorgaben die Möglichkeit, Leerstand mit Auflagen zu verknüpfen. Sie können beeinflussen, an wen Grundstücke vergeben werden und ob Mietbindungen ausgesprochen werden. Die Bebauungspläne liegen maßgeblich in den Händen der Kommunen. Daher begrüßt die Caritas die getroffene Einigung innerhalb der Landesregierung zum Anschub des Wohnungsbaus. „Den Kommunen kommt eine Schlüsselrolle zu, wenn es um das Schaffen und den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum geht. Mit ihrer kommunalen Siedlungspolitik stellen sie maßgeblich die Weichen für den Wohnungsmarkt von morgen“, erklären die Caritasdirektoren Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock (Rottenburg-Stuttgart) und Thomas Herkert (Freiburg) anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahlen am 26. Mai. Gerade um den sozialen Wohnungsbau attraktiver zu machen, halten sie den geplanten Grundstücksfonds des Landes für ein wirksames Instrument.

[Weiterlesen...](#)

Kommunen sollen zu einer sorgenden Gemeinschaft werden

Tag der Pflege: Solidarisch mit Pflegebedürftigen – Caritas ruft zu einem Kulturwandel im öffentlichen Bewusstsein auf

Stuttgart / Freiburg, 10. Mai – Um dem steigenden Bedarf an Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen wirksam begegnen zu können, braucht es über gesetzliche Rahmenbedingungen hinaus auch einen Wandel im öffentlichen Bewusstsein. Pflege kann nicht mehr länger nur die Aufgabe einzelner Personen und Institutionen sein. Sonst werden die bestehenden Hilfesysteme angesichts heute schon vorhandener Versorgungsengpässe mancherorts bald schon zusammenbrechen. Vor allem in den Städten und Kommunen ist deshalb nach Ansicht der Caritas Baden-Württemberg eine andere Kultur nötig. „Kommunen sollten sich künftig stärker am Leitbild einer sorgenden Gemeinschaft orientieren, in der die Beziehung mit und zu anderen Menschen neu positiv bewertet und an die Mitverantwortung aller Bürgerinnen und Bürger appelliert wird“, erklären die Caritasdirektoren Thomas Herkert (Freiburg) und Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock (Stuttgart) zum internationalen Tag der Pflege (12. Mai). Angesichts der demografischen Entwicklung sei es eine wichtige kommunale Aufgabe, Strukturen im Vor- und Umfeld von Pflege zu planen und zu gestalten, auch wenn es sich nicht um eine kommunale Pflichtaufgabe handle.

[Weiterlesen...](#)

Fünf Jahre „LebensFaden“:

Fragen zu Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung in vertrauensvoller Atmosphäre klären

Stuttgart, 9. Mai – Das Gesprächsangebot „LebensFaden“ der Caritas in der Diözese Rottenburg-Stuttgart wird fünf Jahre alt: Seitdem informieren und begleiten speziell geschulte Ehrenamtliche in der Diözese Rottenburg-Stuttgart Menschen bei ihren Fragen zur Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung. An 18 Standorten können Ratsuchende in vertrauensvoller Atmosphäre und ohne Zeitdruck für sich klären, wie sie Vorsorge treffen wollen. Zugrunde gelegt wird der Fall, dass sie sich aufgrund eines Unfalls oder einer Krankheit nicht mehr über ihre Vorstellungen zur Versorgung und Begleitung im Krankheitsfall und Sterben äußern können. „Manchen Menschen fällt es schwer, mit ihren Angehörigen über Krankheit und Sterben zu sprechen“, erklärt Sigrid Zwergal, diözesane Koordinatorin des Angebots. „Wenn ihnen aber neutrale Ansprechpartnerinnen gegenüber sitzen, können sie leichter ihre Wünsche und Anliegen formulieren.“

[Weiterlesen...](#)

Caritas sammelt 2,01 Millionen Euro

Ergebnis der landesweiten Sammlung 2018

Stuttgart/Freiburg, 7. Mai 2019 – 2,01 Millionen Euro hat die Caritas-Sammlung in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr 2018 erbracht. Das haben jetzt die beiden Diözesan-Caritasverbände Freiburg und Rottenburg-Stuttgart mitgeteilt. Trotz eines leichten Rückgangs gegenüber dem Vorjahresergebnis von 2,08 Millionen Euro werten die beiden Caritasdirektoren Thomas Herkert (Freiburg) und Pfarrer Oliver Merkelbach (Stuttgart) das Ergebnis als Vertrauensbeweis für ihre Arbeit: „Über die verlässliche Spendenbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger sind wir froh und dankbar“. Durch die tägliche Arbeit in ihren Diensten und Einrichtungen wisse die Caritas im Land um die täglichen Sorgen und Nöte der Menschen. „Die Spenden sind ein wichtiger Beitrag, damit wir diesen Menschen helfen und mit ihnen neue Perspektiven entwickeln können“, so die beiden Caritasdirektoren.

Je nach Diözese verbleibt ein Drittel oder die Hälfte des Gesamtbetrages in den Pfarrgemeinden. Sie fördern damit caritative Aufgaben wie Besuchsdienste oder Familienhilfen, zum Beispiel bei Krankheit der Mutter oder plötzlichem Verlust des Arbeitsplatzes. Der übrige Spendenanteil steht den Caritasverbänden in den Städten, Landkreisen, in der Diözese und auf Bundesebene zur Verfügung. Die Diözesan-Caritasverbände unterstützen mit ihrem Anteil zahlreiche Projekte caritativer Träger im gesamten Land.

[Ausgaben für Mobilität zweitgrößter Kostenpunkt für Familien: Lösungsansätze von Kommunen gefragt](#)

Vergünstigte Tickets für Azubis analog zum Studi-Ticket überfällig

Stuttgart / Freiburg, 3. Mai – Nach den Ausgaben für das Wohnen stellt die Mobilität den größten Kostenpunkt für Familien in Baden-Württemberg dar. Während einkommensarme Familien im Durchschnitt etwa 2.500 Euro im Jahr dafür aufwenden, sind es im mittleren Einkommensbereich bereits 5.800 Euro und bei einkommensreichen Familien mehr als 15.000 Euro pro Jahr. Mangelnde Mobilität führt dazu, dass Geringverdiener, Auszubildende, alte Menschen mit einer schmalen Rente oder Erwerbslose mit kleinem Einkommen ausgegrenzt werden. Darauf macht die Caritas Baden-Württemberg im Vorfeld der Kommunalwahlen am 26. Mai aufmerksam. „Wer nicht mobil ist, weil er sich die Monatskarte für Bus oder Straßenbahn nicht leisten kann geschweige denn ein eigenes Auto, dem ist der Weg zu einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz vielfach ebenso versperrt wie der Besuch eines Arztes. Mobilität ist heute eine wichtige Voraussetzung, damit Menschen am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Nicht nur auf dem Land, sondern auch in der Stadt“, unterstreichen die Caritasdirektorinnen Mathea Schneider (Freiburg) und Dr. Annette Holscha-Uhlenbrock (Stuttgart).

[Weiterlesen...](#)

CARITAS FREIBURG

["Zeit und helfende Hände"](#)

Beim „Tag des sozialen Engagements“ danken Europa-Park und der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg über 700 Freiwilligen für ihren sozialen Dienst

Freiburg/Rust (cip). Im Europa-Park ist jeder Tag ein Fest. Aber nur einmal im Jahr ist „Tag des sozialen Engagements“ – ein besonderer Tag für den Freizeitpark und für über 700 Freiwillige. Unter dem Motto #unverzichtbar wurden die am vergangenen Freitag für ihr Engagement im Bundesfreiwilligendienst oder im Freiwilligen Sozialen Jahr beim Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg geehrt.

Und das völlig zu Recht, findet Michael Bross, Referatsleiter der Freiwilligendienste beim Diözesan-Caritasverband: „Was die jungen und teilweise auch gar nicht mehr so jungen Menschen leisten, ist enorm. Sie bringen etwas mit, das in Krankenhäusern, Kindergärten oder Altenheimen oft Mangelware ist: Zeit, jugendliche Lebensfreude, offene Ohren und helfende Hände“.

[Weiterlesen...](#)

ALZHEIMER GESELLSCHAFT BW E.V.

Projekt Demenz und Kommune: Neue Website für Kommunen

Das Modellprojekt *Demenz und Kommune (DeKo)* der Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg e.V. | Selbsthilfe Demenz unterstützt Kommunen dabei, Angebote für Menschen mit Demenz auf- und auszubauen und ihre Bürgerinnen und Bürger für das Thema Demenz zu sensibilisieren.

Ab sofort stehen Anregungen und Informationen auch online auf der Projekt-Website www.demenzundkommune-bw.de zur Verfügung. Entscheider aus der Kommune und Fachkräfte aus dem Demenzbereich finden hier kompakt und praxisnah

- Anregungen und Impulse für den Aufbau vielseitiger Angebote
- landesweite Praxisbeispiele
- eine Checkliste für Kommunen zur Selbstanalyse
- Informationen zur Finanzierung neuer Angebote
- Hilfen zum Aufbau eines Demenznetzwerks
- weiterführende Literatur und Links

Die neue Website dient neben der Information auch der landesweiten Vernetzung. Erfolgreiche Demenzprojekte und -initiativen aus Baden-Württemberg finden hier eine geeignete Plattform, um gute Ideen ins Land zu tragen.

Das Projekt Demenz und Kommune wird gefördert vom Land Baden-Württemberg und den gesetzlichen und privaten Pflegekassen.

Pressekontakt:

Sabine Fels

Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg e.V. | Selbsthilfe Demenz

Tel. 0711 24 84 96-67

sabine.fels@alzheimer-bw.de

www.alzheimer-bw.de

Abschlussveranstaltung Projekt Demenz und Kommune

Save the date: 16. September 2019, 11 – 15 Uhr, Hospitalhof Stuttgart

Demenerkrankungen sind eine enorme Herausforderung für Kommunen und Gesellschaft. Seit Oktober 2016 unterstützt das auf drei Jahre angelegte *Modellprojekt Demenz und Kommune (DeKo)* der Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg e.V. Kommunen dabei, dieser Herausforderung erfolgreich zu begegnen und tragfähige Perspektiven zu entwickeln: Wo liegen Entwicklungschancen, die Kommunen nutzen sollten? Was hilft konkret, um demenzaktiver zu werden?

Die Abschlussveranstaltung im September wird die für Kommunen zentralen Themenbereiche Demenz-Netzwerke und Sensibilisierung beleuchten und erfolgreichen Projektkommunen Gelegenheit geben, über die Erfahrungen vor Ort zu berichten. Eine Einladung mit detailliertem Programm folgt.

Abschlussveranstaltung

Projekt Demenz und Kommune

Montag, 16. September 2019

11 – 15 Uhr

Hospitalhof Stuttgart

www.demenzundkommune-bw.de/fachstelle-deko/aktuelles/

Fachstelle Demenz und Kommune (DeKo)

Susanne Himbert

Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg e.V. | Selbsthilfe Demenz

Tel. 0711 24 84 96-68 | susanne.himbert@alzheimer-bw.de

www.demenzundkommune-bw.de

TERMINE

"Den Rahmen füllen" 3. Kongress Familienbildung

Dienstag, 16. Juli 2019 von 10:00 bis 16:30 Uhr

Hospitalhof, Büchsenstraße 33, 70174 Stuttgart

[ZUM PROGRAMM UND ANMELDUNG](#)

Fortbildung „Qualifizierungsprogramm Ehrenamtskoordination 2019“

4-tägiges Seminar:

Mittwoch, 18. September von 09:00 bis 17:00 Uhr (DWW Stuttgart)

Mittwoch 16. Oktober / Donnerstag 17. Oktober von 09:00 bis 17:00 Uhr (Herrenberg)

Donnerstag 21. November (DWW Stuttgart)

[AUSSCHREIBUNG](#)

[ANMELDEFORMULAR](#)

[TEILNAHMEBEDINGUNGEN](#)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.

Stauffenbergstr. 3 in 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 61967-0

E-Mail: infodienst@liga-bw.de | www.liga-bw.de

Redaktion:

Eva Weiser M.A.